

# KREISTAGS- WAHLPROGRAMM HILDESHEIM

WIR MACHEN DAS KLAR.

**GRÜNE**

[WWW.GRUENE-HILDESHEIM.DE](http://WWW.GRUENE-HILDESHEIM.DE)



**Inhalt**

Vorwort: Ziele GRÜNER Politik im Landkreis Hildesheim.....	S.2
Abfall.....	S.3
Ausbildungsstellen - Wegbereiter in den Arbeitsmarkt.....	S.4
BürgerInnen-Beteiligung – Demokratie .....	S.5
Ehrenamtliches Engagement.....	S.6
Einkreisungsvertrag.....	S.7
Ernährung .....	S.8
Finanzen – Haushalt – Personal.....	S.6
Flüchtlinge.....	S.9
Frauen .....	S.9
Freiwillige Feuerwehr .....	S.10
Gesundheit .....	S.11
Inklusion.....	S.12
Jobcenter .....	S.12
Jugendhilfe.....	S.13
Kinderbetreuung .....	S.14
Klima und Energie.....	S.14
Kultur .....	S.15
Landwirtschaft .....	S.16
Lebenslanges Lernen fördern.....	S.17
Menschen im Alter.....	S.17
Menschen mit Behinderungen.....	S.18
MigrantInnen .....	S.18
Privatisierung – Rekommunalisierung .....	S.19
Rechtsradikalismus .....	S.19
Schulpolitik.....	S.20
Soziales .....	S.21
Sport.....	S.22
VerbraucherInnen.....	S.22
Verkehr.....	S.23
Wirtschaftsförderung .....	S.23
Kontaktdaten .....	S.24

**Liebe Mitmenschen!**

Am 11. September finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. An diesem Tag werden die Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente für die nächsten 5 Jahre neu gewählt. Für den Kreistag Hildesheim stellen wir Ihnen hier unsere Zielvorstellungen für den Landkreis vor.

Die GRÜNEN waren in den letzten 5 Jahren mit 4 Mandaten im Kreistag vertreten. Trotz dieser eher kleinen Fraktion konnten wir einen merkbaren Einfluss auf die Kreispolitik ausüben.

**Erfolge GRÜNER Politik im Kreistag der letzten 5 Jahre sind u.a.:**

- Die Frühförderung von Kleinkindern wurde als einmaliges Projekt im Bundesgebiet fest installiert.
- Die Jugendhilfe wurde auf unser Drängen regionalisiert und ist jetzt dadurch auch in der Fläche für Hilfesuchende Kinder, Jugendliche und Eltern zeitnah erreichbar.
- Im Kreistag sind die GRÜNEN dafür eingetreten, dass sogenannte „Hartz IV“ Empfänger nicht zwangsläufig ihre Wohnung aufgeben müssen.
- Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass der Haushalt des Landkreises nicht auf Kosten der Ärmsten konsolidiert wird. Trotzdem ist es uns gelungen, die anfangs dramatische Verschuldung des Landkreises zurückzufahren, ohne Personal zu entlassen.
- Die Errichtung von weiteren Gesamtschulen im Landkreis wäre ohne uns nicht denkbar gewesen.
- Das trifft auch auf die energetische Sanierung von Landkreisgebäuden zu, die ohne Drängen der GRÜNEN nicht angegangen worden wäre und die einen wichtigen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung leistet.

Richtig ist aber auch, dass wir mit 4 Mandaten nicht den Einfluss ausüben konnten, den wir uns bei einer Reihe von politischen Entscheidungen gewünscht hätten. So konnten wir Privatisierungen nicht verhindern, die ohne Zweifel keine finanziellen Vorteile für den Landkreis bringen, aber für die Beschäftigten eine schwere Belastung darstellen. Auch in der Asylpolitik haben wir uns, trotz vieler Versuche, mit unseren Vorstellungen nicht durchsetzen können.

Eine starke Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag bedeutet mehr Grün für den Landkreis Hildesheim. **Die Kernziele unserer Politik für die nächsten 5 Jahre sind:**

- die Einrichtung einer Energieagentur, um kreisweit Klimaschutzmaßnahmen zu koordinieren,
- im Bereich des ÖPNV einen einheitlichen kreisweiten Tarifverbund unter Einbeziehung der Bahn,
- eine deutlich humanere Flüchtlingspolitik,
- die Weiterentwicklung der Schullandschaft, um Raum zu schaffen für mehr Gesamtschulen,
- die Reduzierung von Leistungen für Unterkünfte von ALG-II-EmpfängerInnen verhindern, denn im gewohnten Umfeld weiterleben und –wohnen zu können, ist für die Lebens- und Arbeitsmotivation von arbeitslosen Menschen von essentieller Bedeutung,
- Privatisierungen von Kreisaufgaben zu hinterfragen, denn diese sind kein Selbstzweck und wir wollen die Entscheidungsspielräume des Landkreises erhalten.

Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Punkte, denen wir eine GRÜNE Handschrift geben wollen. Wir laden Sie ein: suchen Sie sich Ihr Thema und lesen Sie selbst!

**Wir machen das klar!**

**Wählen Sie am Sonntag, dem 11. September 2011  
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

## Abfall

### *Müllbehandlung bleibt in den Händen des Landkreises – kein „Rosinenpicken“ für Private*

Eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge des Landkreises Hildesheim ist die Abfallentsorgung durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Beibehaltung der Überlassungspflicht der Abfälle privater Haushalte an den ZAH ein. Dies ist Grundvoraussetzung für eine landkreisweite gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Abfuhr, Behandlung und Deponierung des Hausmülls in der Verantwortung des Landkreises bleibt. Eine Privatisierung finanziell lukrativer Teile der Abfallentsorgung auf der einen und der Verbleib teurer Restmüllentsorgung in den Händen der öffentlichen Hand auf der anderen Seite ist für uns kein Zukunftsmodell. Ein gewerbliches „Rosinenpicken“ schadet den Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern. Die Entsorgungsgebühren würden durch fehlende Einnahmen steigen, da die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen im Gebührenhaushalt fehlen.

Erfreulicherweise wurden die Abfallmengen in den letzten Jahren trotz des Trends zu immer neuen Wegwerfprodukten geringer. Mittels recycling- und reparaturfreundlicher Produkte und Verpackungen kann diesem Trend weiter begegnet und zum sparsamen Einsatz wertvoller Rohstoffe beigetragen werden. Wir erkennen an, dass es dem ZAH trotz der sinkenden Abfallmenge in den letzten Jahren gelungen ist, die Abfallgebühren stabil zu halten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auch weiterhin für mehr Gebührengerechtigkeit bei der Abfallentsorgung ein. Der Aufwand der Abholung und das jeweilige Müllaufkommen müssen verursachergerecht bewertet werden. Angesichts abnehmender Müllmengen sollen die zu zahlenden rechnerischen Mindestabfallmengen regelmäßig überprüft, neu berechnet und zeitnah angepasst werden. Müllvermeidung und -trennung müssen sich lohnen.

Wir setzen uns im Rahmen der ökologischen und menschlichen Verträglichkeit für die konsequente lokale Verwertung von Bio-Abfällen, vorrangig aus biogenen Abfällen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten in Biogas- und Biokohle-Anlagen, ein. Diese leisten einen wichtigen Beitrag für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz.

Ungebremster, weltweiter Konsum von z.B. Elektroartikel ist eine enorme Belastung der Rohstoffvorkommen auf unserer Erde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen auch die Verantwortung von kommunaler Abfallwirtschaft in diesem Zusammenhang an. In vielen Abfallprodukten – siehe Elektroschrott – befinden sich wiederverwertbare Rohstoffe. Wir setzen deshalb auf eine konsequente Kreislaufwirtschaft.

## Ausbildungsstellen

### *Wegbereiter in den Arbeitsmarkt*

In den Schulen wird der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung gelegt. Schon jetzt gibt es in vielen Berufen einen Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern, aber dennoch werden in jedem Jahr unzählige Jugendliche in Warteschleifen geparkt. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber gute Kontakte zu Betrieben vor Ort und die Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion der Verwaltungen können wichtige Impulse setzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Landkreis Hildesheim als einer der Träger des Jobcenters besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung und Vermittlung von jungen Menschen legt und innovative Projekte (z. B. Ausbildungsverbände, in denen mehrere Unternehmen gemeinsam Ausbildungsverantwortung übernehmen) modellhaft auf den Weg bringt.

Der demographische Wandel führt zu einem Rückgang des Arbeitskräftepotentials. Die zunehmend schwächer besetzten nachwachsenden Jahrgänge können die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen nicht mehr ersetzen. Dies wird sich auch auf den Ausbildungsstellenmarkt auswirken und zu einer Verschärfung des Wettbewerbs um qualifizierte BewerberInnen führen. Da bereits heute ein hoher Anteil der Beschäftigten in den Betrieben über 50 Jahre alt ist, werden in naher Zukunft besonders viele Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Es droht ein Fachkräftemangel. Die offenen Stellen müssen dann im Umfeld eines sich zunehmend verschärfenden Wettbewerbs um ein knapper werdendes Nachwuchspotential besetzt werden.

Im Landkreis Hildesheim liegt bei den Berufsabschlüssen der Beschäftigten der Schwerpunkt auf den mittleren Qualifikationen. Besonders die handwerklichen Berufe sowie die Gesundheits- und Sozialberufe, die sich gerade in den vergangenen Jahren im Landkreis Hildesheim überdurchschnittlich stark entwickelt haben, sind gefragt. Der Beschäftigtenanteil ohne beruflichen Abschluss ist dagegen stark rückläufig.

Von 2008 bis 2025 wird die Zahl der SchülerInnen im Kreisgebiet außerhalb der Stadt um mehr als ein Drittel zurückgehen. Mit Ausnahme der Stadt Hildesheim sind damit in allen Gemeinden des Landkreises überdurchschnittliche Rückgänge zu erwarten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten die sinkenden Schülerzahlen als Chance, die Betreuungsqualität in den Schulen verbessern zu können und leihen Einsparungen im Bildungswesen ab. Vielmehr sollte durch gezielte individuelle Förderung und Leistungsanreize die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss gesenkt sowie die Abbruchquoten im Dualen System von 20 % auf 10 % halbiert werden.

Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die Auszubildenden sind die Abiturienten eine wichtige Zielgruppe. Es wird daher künftig von Bedeutung sein, die betrieblichen Ausbildungen für diese Gruppe attraktiver zu gestalten, um mehr Jugendliche mit Hochschulreife für Duale Ausbildungen zu gewinnen.

Angesichts der rückläufigen Jahrgangsbesetzung ist mit einem verschärften Wettbewerb der Bildungsgänge insbesondere um gut qualifizierte Jugendliche zu rechnen. Denn neben der betrieblichen Ausbildung werden auch die schulischen Ausbildungen und die Hochschulen einem geringeren Nachwuchspotential gegenübersehen und ihre Bemühungen um die potentiellen Bewerber verstärken. Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach hochqualifizierten Kräften ist die Ausbildung an den Hochschulen von hoher und weiter steigender Bedeutung.

## BürgerInnen-Beteiligung – Demokratie

### *Beiräte / kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen / Informationsfreiheitsgesetz*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine aktive BürgerInnengesellschaft ein. Wir wollen möglichst viele Menschen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. In den Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse sind seit 1996 auf Initiative der GRÜNEN BürgerInnenfragestunden am Anfang einer Sitzung möglich. Dieses Instrument der BürgerInnenbeteiligung wollen wir beibehalten und ausbauen. So wollen wir verstärkt BürgerInnen die Möglichkeit zur Stellungnahme in Ausschusssitzungen eröffnen. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit der Partizipation im Rahmen projektorientierter Beteiligung erhalten. Weitere Instrumente indirekter und direkter BürgerInnenbeteiligung müssen umgesetzt oder sollten erprobt werden, wie z.B. Beiräte im Senioren- und Jugendbereich.

Insbesondere die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist aus unserer Sicht eine essenzielle Notwendigkeit. Seit einigen Jahren gibt es daher auch einen Migrationsbeirat, den wir GRÜNE lange Zeit gefordert hatten. Der Kreis soll dem Beirat bei allen relevanten Fragen frühzeitige Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber wollen mehr. Wir machen uns stark für die gemeinsame Wahl einer kommunalen Vertretung aller Menschen in einem Gemeinwesen. Deshalb fordern wir erleichterte Einbürgerungsbedingungen und das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU BürgerInnen.

Um die Elemente direkter Demokratie zu stärken, ist eine faire Regelung zur Durchführung von Bürgerentscheiden notwendig. Das Abstimmungsverfahren für Bürgerentscheide ist zumindest im neuen Kommunalverfassungsrecht deutlich verbessert worden. Weitere Beteiligungsformen wie Mediation könnten den Beteiligten die Möglichkeit eröffnen, ihre Positionen zu erläutern und ihre Wünsche zu artikulieren. Durch das Internet wären direkte Befragungen möglich und könnten somit in Entscheidungen der Verantwortlichen einfließen.

Wir GRÜNE wollen, dass die Verwaltung des Landkreises zum Vorreiter in Sachen Informationsfreiheit wird. Wir werden uns im Kreistag dafür einsetzen, eine kommunale Informationsfreiheitsatzung auf den Weg zu bringen, die allen BürgerInnen zumindest im Bereich der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises volle Akteneinsicht gewährt.

## Ehrenamtliches Engagement

### *... für ein lebendiges Gemeinwesen*

Ein lebendiges und lebenswertes Gemeinwesen ist geprägt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich einbringen. In Stadt und Landkreis engagieren sich viele Menschen in Sportvereinen, Jugendverbänden, Kultur- und Musikvereinen, sozialen Organisationen, im Umweltschutz, in der Politik, bei der Feuerwehr, in Kirchen, Initiativen und vielem mehr. Dabei bringen sich Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder freiwillig und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ein und fördern damit das Gemeinwohl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen dies als wertvollen Beitrag zur Förderung der Solidarität und des Gemeinsinns in der Gesellschaft.

Dazu gehört auch das Engagement für politische Mitgestaltung. Dieses Engagement ist wichtiger denn je, da es einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leistet. Denn bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement ist eine Bedingung dafür, dass die hoch komplexe, hoch differenzierte und zugleich globalisierte Gesellschaft zukunftsfähig bleibt. Durch dieses Engagement können Lösungen zur Generationengerechtigkeit, zur Integration unterschiedlicher Kulturen, zur Geschlechtergerechtigkeit, zur Neubewertung des Verhältnisses von Erwerbs-, Gesellschafts- und Familienarbeit, zur Erziehung und Betreuung von Kindern, zum Erlernen nachhaltiger Lebens- und Konsumstile, zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und zur Betreuung pflegebedürftiger Menschen entwickelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern dieses bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement, um die weitere Demokratisierung der Gesellschaft und die lebensweltorientierte Solidarität zu unterstützen.

Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement ist nicht mehr selbstverständlich dauerhaft, sondern oft projektorientiert. So wird die systematische Begleitung und Förderung von Engagierten beispielsweise in Vereinen, Initiativen oder Kommunen aufwändiger. Wir wollen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement zukünftig verstärkt unterstützen. Dazu gehört die Anerkennung des Wertes des Engagements und der Arbeit der Engagierten. Menschen sollen ermutigt werden, sich freiwillig in den vielfältigen Organisationen zu engagieren bzw. selbst Organisationen oder Initiativen zu initiieren. Das Gemeinwesen kann dazu beitragen, dass entsprechende Netzwerke entstehen. Wichtig ist, dass mit dem Engagement Beteiligung und Mitgestaltung verbunden sind. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass das Gemeinwesen durch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement solidarischer und demokratischer wird.

Leider werden unter dem Deckmantel des ehrenamtlichen Engagements nicht selten verdeckte Billigjobs geschaffen, die mit einer Übungsleiterpauschale vergütet werden und hochwertige professionelle Arbeit vor allem im Sozialbereich ersetzen sollen. Der Landkreis muss seinen Einfluss geltend machen, um diesen Missbrauch zu verhindern. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück einer aktiven Bürgergesellschaft ist, muss es vor Missbrauch geschützt werden.

## Einkreisungsvertrag

### *Trägerschaft von weiterführenden Schulen in eine Hand legen*

Die Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis und der Stadt Hildesheim stehen auf einer besonderen rechtlichen Grundlage. Öffentliche Aufgaben, die normalerweise der Landkreis erfüllen müsste, werden von der Stadt wahrgenommen. Bei den anderen 18 Gemeinden des Landkreises werden die Aufgaben laut der gesetzlichen Vorgaben geregelt. Dafür braucht die Stadt Hildesheim kein Geld in Form der Kreisumlage an den Landkreis zu zahlen, lediglich eine kleinere Summe muss überwiesen werden, da nicht alle Aufgaben von der Stadt selbst bearbeitet werden.

Nun fordert die Stadt mehr Geld vom Landkreis, um die Aufgaben erfüllen zu können. Falls der Landkreis dazu nicht bereit ist, möchte die Stadt Aufgaben an den Landkreis zurückgeben. Insgesamt erhofft sich die Stadt Hildesheim eine finanzielle Verbesserung ihrer Situation, um wieder handlungsfähig zu werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen mit Sorge die finanzielle Entwicklung der Stadt. Die „größte Gemeinde des Landkreises“ mit mehr als 100 000 Einwohnern muss ihren finanziellen Handlungsspielraum wieder erlangen. Hierzu muss der Landkreis seinen Beitrag leisten. Wir GRÜNE sprechen uns für eine Rückübertragung von Aufgaben der Stadt auf den Landkreis aus. Insbesondere der Schulbereich sollte wieder unter einer Regie geplant und betreut werden. Dies würde sicherlich zu einer finanziellen Entlastung der Stadt Hildesheim führen. Bereiche, die nicht übertragen werden, müssen finanziell so ausgestaltet werden, dass bei der Aufgabenerfüllung keine Defizite für die Stadt entstehen. Allerdings muss sie darstellen, dass sie die Aufgaben zumindest genauso wirtschaftlich erfüllen kann wie der Landkreis. Ein neuer Vertrag muss diesen Bedingungen Rechnung tragen.

## Ernährung

### *natürlich - ohne Gentechnik*

Die Mehrheit der Menschen möchte gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel kaufen. Genmanipulierte Lebensmittel gefährden mittelfristig die Gesundheit der Menschen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen daher den Einsatz von Gentechnik konsequent ab. Deshalb fordern wir nachdrücklich, in unseren kommunalen Einrichtungen wie Kantinen, Kindergärten oder Schulen auf den Einsatz gentechnisch veränderter Lebensmittel zu verzichten.



## Finanzen – Haushalt – Personal

*Defizit bis 2016 halbieren / Handlungsspielräume zurückgewinnen / keine „Rasenmähermethoden“*

Die Finanzlage des Landkreises Hildesheim hat sich in den letzten 3 Jahren deutlich entspannt. Insbesondere das Jahr 2008 hat mehr Mittel in die Kassen von Gemeinden und Landkreis fließen lassen. Trotz der Wirtschaftskrise konnte insgesamt das über Jahre angehäuften strukturelle Defizit leicht zurückgeführt werden. Für das Jahr 2013 rechnen wir mit ähnlichen Einnahmen wie im Jahr 2008. Aktuell besteht ein jährliches strukturelles Defizit von ca. 4.000.000 €. Sicherlich hat das Konsolidierungsprogramm des Landkreises zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen, aber auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zur Wirtschaftskrise hat dies ermöglicht. Trotzdem schiebt der Kreis Schulden von knapp 80.000.000 € vor sich her. Um wieder den notwendigen politischen Handlungsspielraum zu bekommen, müssen wir dieses Defizit weiter abbauen. Ziel für die nächsten 5 Jahre ist die Halbierung dieses Defizits.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Schuldenabbau nicht nur ein finanzpolitisches Ziel. Eine kommunale Gebietskörperschaft, die nichts zu entscheiden hat, weil ihr das Geld fehlt, kann eine lebendige Demokratie nicht ausüben. Ein Parlament, welches nichts zu entscheiden hat, bekommt Legitimationsprobleme. Die Ursachen für die schwierige finanzielle Situation der Landkreise, Städte und Gemeinden liegen vor allem in der Abwälzung der Haushaltsprobleme von Bund und Ländern auf die Kommunen. Der Landkreis muss Aufgaben wahrnehmen, die er von Bund und Land nicht ausreichend finanziert bekommt.

Die Einnahmeposition des Landkreises ausschließlich auf Kosten der Gemeinden zu verbessern, wäre falsch. Aber auch eine „Rasenmäherpolitik“, die unabhängig vom Inhalt alles um einen bestimmten Betrag kürzt, wird mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu machen sein. Notwendige Investitionen in die Zukunftssicherung des Landkreises muss es auch in finanziell schwieriger Zeit geben. Wir GRÜNE haben kontinuierlich unsere Vorstellungen zur Haushaltskonsolidierung eingebracht und im Kreistag Mehrheiten dafür finden können. Wir streben den Abbau der Neuverschuldung an, ohne dass ein weiteres Zurückfahren freiwilliger Leistungen im Sozial-, Gesundheit, Jugend- und Kulturbereich stattfindet. Dieses Ziel wollen wir durch einen effektiveren und zielstrebigeren Mitteleinsatz, durch den Abbau kostspieliger und schwerfälliger Strukturen und durch die teilweise Veräußerung von Grundstücken, Immobilien und Unternehmensbeteiligungen erreichen.

Betriebsbedingte Kündigungen konnten wir GRÜNE verhindern und lehnen sie auch zukünftig ab. Wir setzen uns weiterhin für eine tarifgerechte Bezahlung ein. Einen generellen Einstellungsstopp halten wir für falsch. Personaleinsparungen müssen auch weiterhin vor dem Hintergrund des jeweiligen Aufgabenbereiches betrachtet werden. Gerade im Bereich Gesundheit, Soziales und Jugendhilfe sehen wir derzeit keine Einsparungsmöglichkeiten.

## Flüchtlinge

### *Ermessensspielräume nutzen für eine menschliche Flüchtlingspolitik*

Im Bereich der Flüchtlingspolitik schreibt der Landkreis Hildesheim weiterhin negative Schlagzeilen, auch im Bereich der Familientrennung und der Abschiebung junger Menschen, die hier aufgewachsen sind. Wir werden diese Praxis auch in Zukunft anprangern und wollen Mehrheiten für einen menschlicheren Umgang mit Flüchtlingen gewinnen. Der Landkreis hat sich auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Vergabe von Bargeld statt Wertgutscheinen als Sozialleistung für Flüchtlinge ausgesprochen, wurde aber vom Innenministerium an der Umsetzung gehindert. Wir wollen, dass der Landkreis seine Spielräume nutzt, wo immer möglich, um auf die Umstellung auf Wertgutscheine als Leistungsgewährung zu verzichten.

## Frauen

*Die Zukunft ist weiblich, die Hälfte des Himmels ...  
Frischlucht für die Chefetagen: JA zur Quote  
Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer  
Projekte von und für Frauen stärken!  
Gewalt ächten – Frauen schützen!*

Eine moderne Gesellschaft gibt es nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Verwirklichungschancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzungen. Daher verfolgt GRÜNE Frauenpolitik das Ziel, die strukturelle Benachteiligung von Frauen aufzuheben, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu garantieren. Dies gilt selbstverständlich auch für Frauen aus anderen Herkunftsländern.

Konkret heißt das:

- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Mädchen und junge Frauen besondere Förderung bei ihrer Berufswahl und Karriereplanung erhalten, um ihnen Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zu eröffnen. Die erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft muss deshalb erhalten bleiben und kontinuierlich ausgebaut werden
- Wir GRÜNE unterstützen Maßnahmen mit dem Ziel, auch in unserer Region Führungspositionen in Verwaltung und Wirtschaft mit Frauen zu besetzen. Dazu gehört die Frauenquote, denn „Männerquoten“ sind bisher die Regel.
- Wir GRÜNE wollen Frauen nicht nur am Schalter, sondern am Schalthebel. Auch in den Aufsichtsräten und den Chefetagen wie z. B. der Sparkasse, der Stadtwerke, dem RVH, der EVI und der Wohnungsbaugesellschaften.
- Die Monokultur an der Spitze des Landkreises – ein Landrat, ein Kreisrat und ausschließlich männliche Dezernenten - muss enden. Wir GRÜNE fordern eine Quote für die Leitungspositionen; Teilzeitarbeit darf hier kein Hindernis sein.

- Frauengruppen, -projekte und -initiativen müssen dauerhaft finanziert werden, insbesondere qualifizierte Maßnahmen, die Gewalt verhindern, bzw. Einrichtungen, die Mädchen und Frauen mit Gewalterfahrungen beraten.
- Die Arbeit der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Hildesheim ist unverzichtbar und wird in Ihrer Arbeit von uns GRÜNEN tatkräftig unterstützt.
- Wir GRÜNE fordern, dass alle Verwaltungsvorgänge und –entscheidungen im Sinne des Gender-Mainstreaming sorgfältig und frühzeitig überprüft werden. Dies gilt auch für den Bildungs- und Jugendhilfebereich. Nur so kann Ungleichbehandlung verhindert und Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden.
- Die engagierte Mädchen- und Jungenarbeit in der Jugendpflege muss Bestandteil der Alltagspraxis sein mit dem Ziel, einseitige Rollenzuweisungen zu überwinden. Wir GRÜNE fordern: gleiche Rechte für Mädchen und Jungen bei der Mittelverteilung; gleiche Verteilung von Räumen, Personal, Konzepten und Angeboten.
- Die Sonderstelle für sexuellen Missbrauch im Rahmen des Bezirkssozialdienstes im Landkreis Hildesheim halten wir GRÜNE für unverzichtbar.
- Praktische Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung mit Kindern ermöglicht. Erst wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Frauenthema mehr ist, haben wir wirklich etwas verändert. Es muss um eine Neubestimmung der Rollen- und Arbeitsverteilung zwischen Frauen und Männern gehen, auch bei Erziehung und Pflege. Voraussetzung dafür sind flexible und moderne Arbeitszeitmodelle. Stadt und Landkreis müssen hierbei als Arbeitgeber Vorbildfunktion übernehmen.

## **Freiwillige Feuerwehr**

### *Feuerwehren sind Jugendarbeit*

Es sind unsere Feuerwehren die schon seit Jahren die allmählichen Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen: vermehrte Einsätze zu Aufräumarbeiten nach heftiger und stärker werdenden Stürmen und immer häufigere Einsätze bei Überschwemmungen sprechen eine deutliche Sprache. Auch in der Zukunft wird die Feuerwehr eine unverzichtbare Stellung im sozialen Gefüge unseres Kreises innehaben. Aber schon jetzt sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auch in den Feuerwehren zu spüren, es fehlt die Jugend, der Nachwuchs der nötig ist, um das Funktionieren der Wehren auch in Zukunft zu gewährleisten.

Obwohl die freiwilligen Feuerwehren in erster Linie Organisationen sind, deren Aufgabe es ist, im Ernstfall Menschenleben, Gebäude und Lebensräume zu schützen, erfüllen sie gerade in den ländlichen Gemeinden auch eine andere sehr wichtige Funktion. Das Leben in den Gemeinden wäre ärmer ohne die regelmäßigen Veranstaltungen der Feuerwehren, ganz egal ob es sich um Wettkampffeiern oder Osterfeuer handelt. Denn auf sich selbst und auf andere zu vertrauen und Verantwortung tragen zu können, sind unverzichtbare Voraussetzungen für den Dienst in der Wehr und werden auch ins Alltagsleben übernommen.

Diese Eigenschaften müssen aber zuvor erlernt und vorgelebt werden. Daher sieht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Jugendfeuerwehren als eine wertvolle Ergänzung in der Jugendarbeit. Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird dort eine Möglichkeit eröffnet, ihr Selbstvertrauen auszubauen und Kontakte zu knüpfen. Besonders für arbeitslose junge Erwachsene ergibt sich dadurch die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und persönliche Fähigkeiten zu erwerben, von denen sie im späteren Berufsleben profitieren könnten. Wir GRÜNE treten für eine stärkere Unterstützung der Nachwuchsförderung der Feuerwehren ein.

## **Gesundheit**

### ***Vielfalt der Beratungsstellen und Präventionsmaßnahmen erhalten***

Gesundheitsförderung bedeutet auch im Landkreis Hildesheim, neben wichtigen Maßnahmen im Bereich Umwelt und Soziales auf eine gute Vorsorge zu achten. Dabei gilt das Prinzip „präventiv vor ambulant – ambulant vor stationär“.

Es ist gelungen, das Präventionsprojekt PIAF zur Früherkennung von gesundheitlichen Einschränkungen und Entwicklungsverzögerungen bei Kindern vom Modellprojekt in ein flächendeckendes Angebot im Landkreis zu überführen. Dabei ist auch die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitsfürsorge besonders hervorzuheben.

Selbsthilfegruppen leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung und entlasten die Krankenkassen und die öffentlichen Haushalte. Sie brauchen allerdings einen Rahmen, in dem sie ihre Arbeit organisieren und umsetzen können. Die Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen KIBIS muss deshalb ausreichend finanziert werden. Gerade im Gesundheitsbereich ist ein differenziertes Angebot von Beratungsstellen und Präventionsmaßnahmen erforderlich. Die Arbeit der Hildesheimer AIDS-Hilfe muss ungeachtet der Neuregelungen des Einkreisungsvertrags aufrechterhalten und unterstützt werden.

Leider konnten wir weder die Stellenkürzung noch die Ausschreibung des sozialpsychiatrischen Dienstes an private Anbieter verhindern. Bei privaten Anbietern sehen wir GRÜNE die Gefahr einer Interessenskollision, da diese u.U. eigenwirtschaftliche Interessen wie eine optimierte Bettenbelegung verfolgen. Ein privatisierter Sozialpsychiatrischer Dienst muss strengen Kontrollen unterworfen sein, um dies zu verhindern.

## Inklusion

### *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen endlich umsetzen*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Umsetzung der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen aller Altersgruppen müssen mit allen ihren Stärken und Schwächen als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anerkannt und dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Auf Landesebene setzen sich GRÜNE dafür ein, dass die Lehramtsaus- und -fortbildung vom Land an die neuen Anforderungen angepasst werden. Doch auch im Landkreis können wir eine Menge tun, um Inklusion zu fördern, z.B, indem in Schulen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, um den speziellen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung gerecht zu werden. Außerdem müssen BetreuerInnen Rückzugsräume zur Verfügung gestellt werden.

Der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention folgend streben wir GRÜNE an, die Förderschulen als Kompetenzzentren zu entwickeln, um sonderpädagogische Förderung unter Wahrung des Elternwahlrechts überwiegend oder vollständig in die allgemeinbildenden Schulen zu verlagern. Wir werden uns für die Einrichtung von Unterstützungs- und Beratungszentren für Eltern und Schulen zur Umsetzung von Inklusion einsetzen, um Vorbehalte abzubauen und den Prozess massiv voranzubringen.

## Jobcenter

### *Gestaltungsspielraum bei Unterkunftskosten vollständig ausnutzen*

Mit der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) im Jahr 2011 ging für die Jobcenter eine bis zu dreißigprozentige Mittelkürzung des Bundes einher. Vor dem Hintergrund gleich bleibend hoher Zahlen bei den Langzeitarbeitslosen und bei denjenigen, die aufgrund fehlender Mindestlöhne ergänzend Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen müssen, wirkt sich diese Kürzung massiv verschlechternd auch auf das Angebot in der Region Hildesheim aus. Zahlreiche Maßnahmen zur Integration von ALG II-Beziehern mit besonderen Vermittlungshemmnissen werden nicht mehr finanziert. Ebenso die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, also dort, wo reale Löhne gezahlt werden. Übrig bleiben die so genannten 1 Euro Jobs.

Trotz der auf Bundesebene entschiedenen Mittelkürzungen darf es keinen Rückzug der Kommunen aus der Finanzierung elementarer Förderinstrumente des SGB II geben.

Das heißt für uns GRÜNE, dass neben der trägerabhängigen Gewährung der sogenannten Regelleistung und den Kosten der Unterkunft die Kommunen auch künftig nicht auf die Finanzierung von sozialen Eingliederungsmaßnahmen verzichten dürfen:

Qualitativ hochwertige Angebote für die Schuldnerberatung, die psychosozialen Dienstleistungen und für die Drogenhilfe müssen zeit- und ortsnah für alle Betroffenen zur Verfügung stehen. Bewährte Einrichtungen müssen erhalten bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für die bessere Vernetzung zwischen Jobcentern und Beratungsstellen ein, damit noch mehr Betroffene effektive Hilfe für die Eingliederung in Arbeit erhalten können.

SGB II-BezieherInnen mit Kindern verdienen mehr Aufmerksamkeit: für sie ist es besonders wichtig, den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Auch Qualität und Kontinuität bei den Bildungsträgern geraten durch Sparmaßnahmen und Ausschreibungspolitik in Mitleidenschaft.

Für eine qualifizierte Beratung, die die Jobcenter Kunden aktiv bei der Arbeitssuche unterstützen kann, wäre mehr Personal und eine bessere Qualifizierung notwendig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen auch im Bereich der Leistungsgewährung gravierende Mängel. Die Anzahl fehlerhafter Bescheide muss deutlich sinken. Es kann nicht sein, dass die Menschen darauf angewiesen sind, Rechtsanwälte aufzusuchen, um die ohnehin nicht auskömmlichen Leistungen sachgerecht zu erhalten. Um Widersprüche zu vermeiden und Verfahren transparenter zu gestalten, halten wir die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für notwendig. Dies spart Gerichtskosten.

Für den Bereich Kosten der Unterkunft fordern wir Grünen mehr soziale Verantwortung ein:

Der Landkreis als zuständiger Träger für die Kosten der Unterkunft und Heizung hat bei der Gewährung der Leistungen einen weiten Gestaltungsspielraum. Diese Kompetenz muss er nutzen und Sorge dafür tragen, dass bei seinen Entscheidungen Umzüge von LeistungsempfängerInnen vermieden werden.

GRÜNE Politik setzt sich für den Erhalt eines sicheren Lebensmittelpunktes von SGB II-BezieherInnen ein.

Eine solide geförderte unabhängige Beratungsstelle für Arbeitslose, welche die Interessen der Arbeitslosen vertritt, halten wir für unverzichtbar. 1000 Beratungsfälle pro Jahr bei der bisherigen Stelle sprechen dafür. Mit dieser Stelle können auch im Vorfeld viele Missverständnisse geklärt werden, die das spätere formale Verfahren nicht belasten.

## **Jugendhilfe**

### ***Mehr Gruppen- und Präventionsarbeit***

Die Regionalisierung der Jugendhilfe hat sich aus unserer Sicht bewährt. Leider ist eine der Jugendhilfestationen immer noch im Landkreisgebäude untergebracht – aus unserer Sicht der falsche Ort um Jugendliche zu erreichen. Die Personalsituation im Bereich der Sozialarbeiterinnen ist seit Jahren inakzeptabel. Hier setzen wir uns weiterhin für eine spürbare Aufstockung ein, auch um die notwendige Gruppen- und Präventionsarbeit zu verstärken. Mit den freien Trägern sollte partnerschaftlich zusammengearbeitet werden, hier besteht Verbesserungsbedarf.

## Kinderbetreuung

### *Kinderbetreuung ist auch eine öffentliche Aufgabe*

Nur durch die gesetzlichen Vorgaben auf Bundesebene bewegt sich endlich auch etwas im Landkreis Hildesheim zur Verbesserung der Situation in der Kinderbetreuung. Im Landkreis fehlt es besonders an flexiblen, bedarfsgerechten Öffnungszeiten in Kitas, an Krippenplätzen und nachschulischer Betreuung. Während einige Gemeinden daran etwas ändern, arbeiten andere weiter nach dem Modell „Kinderbetreuung ist Familiensache“ und sei keine öffentliche Aufgabe.

Deshalb wollen wir GRÜNE die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung nicht pro geborenem Kind an die Gemeinden weitergeben, sondern pro betreutem Kind. Durch diesen finanziellen Anreiz wollen wir Motivationshilfe leisten. Der Landkreis könnte selbst eine Vorreiterrolle einnehmen und eine Betriebskita für die MitarbeiterInnen einrichten. Dies käme auch flexibleren Arbeitszeiten in der Kreisverwaltung zugute.

Um eine bedarfsgerechte Betreuung sicherzustellen, sind neben den KITAs auch Tagespflegepersonen erforderlich. Für diese werden weiterhin Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote, eine effektive Qualitätssicherung sowie eine auskömmliche Entlohnung in Höhe einer Kinderpflegerin benötigt.

In den Kindertagesstätten, vor allem in den Krippen, ist die Arbeitsbelastung – auch in Relation zur Entlohnung – nicht akzeptabel. Wir unterstützen die Forderungen der Kampagne „Kinder sind mehr Wert“. Wir wollen für den Landkreis die dritte Betreuungskraft in den Krippen erreichen.

Wir wollen die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und familiären Aufgaben vorantreiben. Dafür brauchen wir in der Stadt und im Landkreis Hildesheim Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Schulen, in denen unsere Kinder (bis zum 14. Lebensjahr) gut betreut und mit echten Startchancen fürs Leben ausgestattet werden. (hier gibt es evtl. noch eine Ergänzung zum Thema tagespflege)

## Klima und Energie

### *Eine Energieagentur für den Landkreis Hildesheim*

Die von uns Menschen gemachte Klimaerwärmung ist eine bedrohliche Tatsache.

Langfristiges Ziel GRÜNER Politik ist es, den Klimaschutz im Landkreis Hildesheim und seinen Kommunen als Querschnittsaufgabe zu verankern. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass auch im Landkreis Hildesheim mindestens 40 % des Energieverbrauchs von 1990 eingespart werden und der Energieverbrauch so schnell wie möglich zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Ein möglichst großer Teil schon in den nächsten 5 Jahren.

Die Verwaltungen des Landkreises und seiner Kommunen haben dabei eine besondere Vorbildfunktion. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in die Prüfung der Auswirkungen aller politischen Beschlüsse und jedes Verwaltungshandeln auch die ökologischen Folgen einbezogen werden.

Auf lokaler Ebene kann insbesondere durch die Vernetzung folgender Maßnahmen ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Erreichung dieses Ziels geleistet werden:

- Verbesserter Wärmeschutz an Gebäuden unter der Wahrung des Denkmalschutzes
- Reduktion der Emissionen im Straßenverkehr durch besseren ÖPNV, mehr Fahrradverkehr, effizientere Fahrzeuge
- Flexible ÖPNV-Lösungen für dünn besiedelte Gebiete (z.B. Carsharing, Bürgerbusse).
- Steigerung der Energienutzungseffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe
- Mehr Blockheizkraftwerke in Wärme-Kraft-Kopplungstechnik (WKK) mit kombinierter Strom- und Wärmeproduktion
- Entnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre mittels Pyrolyse von Biomasse und anschließender Nutzung der Bio-Kohle in der Landwirtschaft
- Optimale Nutzung der Potenziale der Gewinnung regenerativer Energien aus Erdwärme, Windkraft, Sonne und Wasser
- Verbesserung der bestehenden Biogasanlagen durch Kraft-Wärme-Kopplung

Zur Koordination dieser Maßnahmen und deren Vernetzung fordern wir die Aufstellung eines Klimaschutzkonzepts und die Einrichtung einer Energieagentur für den Landkreis Hildesheim.

Die energetische Verwendung von Nahrungsmitteln, wie der Anbau von Biomasse mit dem alleinigen Ziel der Energiegewinnung, ist für uns kein zukunftsweisendes Modell, da hier regelmäßig mehr Energie in den Anbau eingesetzt wird als anschließend wieder gewonnen wird.

Den Ausbau von notwendigen Stromtrassen zum Transport Erneuerbarer Energien lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Wir unterstützen jedoch die Forderung der Bürgerinitiativen zur Verlegung eines Erdkabels in Gleichstromtechnik als Pilotprojekt auf der geplanten Stromtrasse von Wahle nach Mecklar. Das Anliegen muss ernst genommen werden. Niedersachsen wird in den kommenden Jahren besonders stark mit der Stromtrassenproblematik befasst sein. Deshalb darf die Beteiligung der BürgerInnen an den Planungs- und Genehmigungsverfahren in keiner Weise eingeschränkt, sondern muss im Gegenteil ausgebaut werden.

## **Kultur**

### ***Für eine transparente Kulturförderung***

Die Förderung von Kunst und Kultur ist für den Landkreis eine wichtige Aufgabe, die dieser in Abstimmung mit den Gemeinden vor allem in der Funktion eines Dienstleisters wahrnimmt. Er bietet fachliche Beratung und Unterstützung, vermittelt Kontakte, bietet Informations- und Fortbildungsveranstaltungen an und initiiert Veranstaltungen.

Trotz knapper Kassen setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür ein, die Förderung der freien Kulturszene aufrechtzuerhalten und ihre Existenz zu sichern. Die neuen Kooperationsformen zwischen der freien Kulturszene und etablierten Kulturinstitutionen wie dem TfN müssen ausgebaut werden, um vorhandene Ressourcen sinnvoller nutzen und neue kulturelle Angebote entwickeln zu können. In der Kulturförderung müssen die vielfältigen Fördertöpfe (Sparkasse, Stiftungen, Landschaftsverband etc.) transparenter werden.

Die Mittelvergabe des Landschaftsverbandes Hildesheim, in dem der Landkreis Mitglied und auch im Vorstand vertreten ist, ist in seinen Abläufen und Entscheidungen nicht transparent und nachvollziehbar. Dies ist langfristig nicht hinnehmbar, da die Förderung aus öffentlichen Mitteln erfolgt. Der Landkreis



Hildesheim hat einen Kulturbeirat eingerichtet, der Leitlinien und klar definierte Förderkriterien entwickelt hat. Die Leitlinien verdeutlichen das Verständnis über die Rolle der Kultur und setzen Ziele. Die Förderrichtlinien sind die praktische Umsetzung der Leitlinien für einen wichtigen Teil der Kulturpolitik, nämlich die finanzielle Förderung. Auf Grundlage dieser Kriterien vergibt der Beirat die Fördermittel.

Um zukünftig einen größeren Synergieeffekt zu bekommen und die Kulturentwicklung allgemein zu fördern, schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dem Kulturbüro eine neue Struktur zu geben. Ziel muss vor allem eine einheitliche und transparente Kulturförderung sein. Diese neue Struktur könnte in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband aufgebaut werden. Es sind aber auch andere Wege denkbar. Auf jeden Fall sollte die Mittelvergabe durch den Kulturbeirat in ähnlich transparenten Verfahren, wie es jetzt schon beim Landkreis geschieht, erfolgen.

Eine solche Weiterentwicklung der bisherigen Kulturpolitik wird einen wichtigen Teil zukünftiger Regionalentwicklung darstellen.

## **Landwirtschaft**

### ***öko – logisch!***

Wir alle sind auch und gerade vor Ort verantwortlich für die Sicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, von Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenarten, sauberer Luft und sauberen Wassers. Gebiete mit besonderen Tier- und Pflanzenarten müssen erhalten bleiben und Gewässer in einen ökologisch guten Zustand gebracht werden. Gemeinden und Landkreise haben hier erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten durch die Landschaftsplanung, durch die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, durch die konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz und durch die kreative Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Flächenpools, Ökokonten, die Bündelung von Ausgleichsmaßnahmen und die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für Biotopvernetzung ein und die umfassende Sicherung und Pflege von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH). Lokale Naturschutzprojekte, wie z.B. Acker- oder Gewässerrandstreifenprogramme finden unsere volle Unterstützung. Die ökologische Landnutzung unterstützt den Schutz natürlicher Ressourcen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein. Wir sind für artgerechte Tierhaltung und somit gegen Massentierhaltung. Darum lehnen wir die Industrialisierung der Landwirtschaft wie den Bau weiterer Mast- und Schlachthanlagen ab. Wo der Landkreis sie nicht verhindern kann, muss er durch geeignete Auflagen sicherstellen, dass die Gesundheit und Sicherheit der dort lebenden Menschen Vorrang hat vor wirtschaftlichen Interessen Einzelner.

## Lebenslanges Lernen fördern

### *Vielfalt bewahren – Angebote vernetzen*

Unsere hoch entwickelte Gesellschaft mit ihren demografischen Perspektiven muss auf die andauernde Lern- und Bildungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger setzen. Einrichtungen zur Erwachsenenbildung bieten Menschen Bildungsangebote für eine gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes, emanzipiertes und ökologisch verantwortungsbewusstes Leben. Diese Arbeit gilt es ideell und materiell zu fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen pluralen Ansatz in der Bildungslandschaft Erwachsener.

Der Zusammenschluss der beiden Volkshochschulen in der Region wurde wesentlich von uns GRÜNE auf den Weg gebracht, um das Angebot der neuen Einrichtungen langfristig erhalten und ausbauen zu können. Diese Entscheidung war richtig und wir sichern damit weiter die aktive Rolle kommunaler Träger in der Erwachsenenbildung.

Daneben stehen wir GRÜNE für den Erhalt einer vielfältigen Trägerstruktur in der Erwachsenenbildung. Nur durch eine Vielzahl von Trägern können die unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielgruppen erfolgreich erreicht werden.

Wir halten die Einrichtung eines Beirates zur Vernetzung der Angebote der Erwachsenen- und Weiterbildung in unserer Region für notwendig. Dieser sollte die Angebote der verschiedenen Träger der Aus- und Weiterbildung vernetzen, um die regionalen Potentiale zu heben, zu bündeln und erfolgreich zu entwickeln.

## Menschen im Alter

### *In Würde altern*

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, dass alle Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter führen können. Alten Menschen muss ein Verbleiben in ihrer angestammten Wohnung ermöglicht werden. Eine große Bedeutung kommt hierbei altersgerechten Wohnungen zu ebenso wie Wohnprojekte, die das Zusammenleben von Alt und Jung ermöglichen. Qualitätssicherung ist sowohl für Altenheime als auch für ambulante Angebote von zentraler Bedeutung. Wir freuen uns, dass die von uns kritisierte Einschränkung, dass Sozialhilfeempfänger grundsätzlich nicht mehr in Einzelzimmern unterzubringen sind, zurückgenommen wurde. Es bleibt jedoch weiterhin auf die Qualität des Angebots zu achten und auch die Regelung der möglichen kostengünstigeren Unterbringung in der Nachbargemeinde halten wir für falsch.

Wir GRÜNE wollen ein Seniorenservicebüro mit einem professionellen Beratungsangebot dauerhaft sichern.

Die Aufrechterhaltung eines möglichst breit gefächerten Versorgungs- und Bildungsangebotes und gute ÖPNV-Anbindungen in den Gemeinden des Landkreises werden zunehmend auch für ältere Menschen wichtig werden.

## Menschen mit Behinderungen

### *Die Arbeit des Behindertenrates politisch unterstützen*

Es ist normal, verschieden zu sein. Die Verschiedenheit darf daher nicht zur Ausgrenzung von Menschen führen. Es muss mehr getan werden, damit alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben können. Menschliche, strukturelle und bauliche Barrieren, die eine Teilhabe behindern, sind zu beseitigen.

Eine alte, bundesweite Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Einrichtung von Behindertenbeiräten, die die Politik im Hinblick auf Maßnahmen zur verbesserten Teilhabe beraten sollen, wurde nun endlich gesetzliche Verpflichtung und damit auch im Landkreis Hildesheim umgesetzt. Wir wollen dessen Arbeit begleiten und uns für die Umsetzung von vorgeschlagenen Maßnahmen einsetzen.

## MigrantInnen

### *Integrationsleitbild endlich vollständig umsetzen / Besondere Angebote für Migrantinnen*

Dass es im Landkreis einen Migrationsbeirat gibt, in dem MigrantInnen, Beratungsstellen, Hochschulen, Verwaltung und Politik vertreten sind, ist auch ein Erfolg GRÜNER Kreistagspolitik. Allerdings ist die Umsetzung von Maßnahmen noch mangelhaft. Die Städte und Gemeinden sind nicht zu einer systematischen Auflistung bestehender Angebote bereit – dies wäre jedoch eine Voraussetzung für eine sinnvolle Planung. So bleibt es bei einzelnen interessanten Projekten statt einer gezielten Bedarfsorientierung. GRÜNE Stadt- und Gemeinderäte werden künftig auf eine solche Liste drängen.

Die Verwaltung des Landkreises war bisher nicht in der Lage, das beschlossene Integrationsleitbild offensiv umzusetzen. Dazu gehört auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Erhöhung des Anteils an MigrantInnen. MigrantInnen sind in den Beiräten wie dem Behindertenbeirat bisher nicht vertreten und auch in der Angebotsplanung des Sozialpsychiatrischen Verbundes kommen sie nicht vor. Das müssen wir ändern, wenn Integration keine einseitige Forderung an die MigrantInnen bleiben soll. Wir wollen im Landkreis einen Integrationsbeauftragten, der diesen Namen verdient.

Solange wir nicht das von uns GRÜNEN geforderte kommunale Wahlrecht für Ausländer (analog den EU-Ausländern) haben, müssen wir besondere Sorge dafür tragen, dass deren Belange in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Der Erfolg von Integration hängt entscheidend von der Teilhabe am Erwerbsleben ab. Menschen mit einer im Ausland erworbenen Qualifikation werden vielfach im Jobcenter schlicht als ohne Berufsausbildung geführt. Die Beratung muss sich hier vielmehr an den tatsächlichen Kenntnissen und Bedarfen orientieren. Lokale Initiativen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, z.B. durch gezielte Anschlussqualifizierungen, sind auf den Weg zu bringen.

Wir setzen uns ein für eine erfolgreichen Integration von Frauen aus anderen Herkunftsländern, für eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Deshalb müssen Unterstützungs-, Beratungs- und Bildungsangebote sowie beruflicher Förderung für Migrantinnen in der Stadt und den größeren Kommunen des Landkreises vorhanden sein.

## Privatisierung - Rekommunalisierung

*Privatisierung ist kein Selbstzweck – politischer Handlungsspielraum des Landkreises hat Vorrang*

Daseinsvorsorge ist eine zentrale Aufgabe des Landkreises und seiner Kommunen, egal ob Abfallwirtschaft, sozialer Wohnungsbau, Krankenhäuser, Wirtschaftsförderung oder Volkshochschule. Der Landkreis und die Kommunen haben längst bewiesen, dass sie effizient und sorgfältig wirtschaften können. Beispiele hierfür sind der ZAH und die Lungenklinik Diekholzen, deren Privatisierung erfolgreich verhindert werden konnte.

Es ist selbstverständlich, dass sowohl der Landkreis als auch die Gemeinden ihre Aufgaben laufend kritisch auf den Prüfstand stellen müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen aber Privatisierungsbestrebungen ab, die allein unter Kostengesichtspunkten vorangetrieben werden. Ein Blick in viele Kommunen zeigt, dass eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben häufig dazu führt, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Wir GRÜNE fordern daher für jede Aufgabenverlagerung des Landkreises in privatrechtlich organisierte Unternehmen eine umfassende kurz-, mittel- und langfristige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. In ihr müssen neben den finanziellen auch die ökologischen und sozialen Auswirkungen dargestellt werden.

Wenn Aufgaben in privatrechtlich organisierte Unternehmen ausgelagert werden, verliert die Kommune ihre politischen Handlungsmöglichkeiten. Demokratische Verfahren werden abgebaut und Transparenz geht verloren. Viele Entscheidungen werden nicht mehr vom demokratisch gewählten Rat, sondern von Aufsichtsratsgremien getroffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich bei Privatisierung von Aufgaben deshalb dafür ein, dass der Einfluss der Kommunen erhalten bleibt. Wir wollen direkten Einfluss auf die Dienstleistung, ihren Preis, die Umweltstandards und die Qualität nehmen können. Wir wollen sicherstellen können, dass angemessene Löhne auf Tarifniveau bezahlt und reguläre Beschäftigte statt LeiharbeiterInnen eingesetzt werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Daher unterstützen wir den Landkreis und seine Gemeinden dabei, ihre Aufgaben wieder selbst zu erbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass in privatrechtlich organisierte Unternehmen ausgelagert Aufgaben regelmäßig daraufhin untersucht werden, ob die erwarteten Ziele tatsächlich erreicht werden. Dabei soll stets auch die Re-Kommunalisierung der Aufgabe geprüft werden.

## Rechtsradikalismus

*Gesicht zeigen – nicht nur an Gedenktagen!*

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit beginnen vor der eigenen Wohnungstür und haben häufig nicht immer mit brauner Ideologie zu tun, sondern beginnt bei der Angst vor dem Anderen. Hier muss früh angesetzt werden. Daher müssen wir darauf achten, dass schon in Kindertagesstätten und Schulen das Verständnis und die Toleranz gegenüber dem Ungewohnten gefördert werden und andere Sprachen oder anderes Aussehen nicht zum Ventil von Vorurteilen und Aggressionen wird. Integration darf aber nicht nur in den Institutionen stattfinden, sondern muss von einer offenen Gesellschaft gelebt werden. Das heißt auch, dass nicht weggeschaut werden darf, wenn Menschen aufgrund von Nationalität oder Religion beleidigt oder bedroht werden. Besonders wichtig bei der Verhinderung eines breiten rechtsextremen Spektrums ist die Organisation einer demokratischen Jugendkultur.

Im Landkreis Hildesheim hat es in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten und Demonstrationen von organisierten Rechtsextremisten gegeben. Anlässlich der Demonstrationen hat sich in Hildesheim ein breites Bündnis aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen dagegen positioniert. Wir brauchen eine Ächtung rechtsradikaler Gesinnungen und Gewalttaten in unserer Gesellschaft und fühlen uns aus unserer Geschichte heraus verpflichtet, uns für dieses Ziel zu engagieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine lebendige Erinnerungskultur ein, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Um rechten Ideologen das Wasser abzugraben, müssen die Kommunalparlamente Verantwortung übernehmen.

Dieses Anliegen muss von allen gewählten Repräsentanten aktiv unterstützt werden. Auch kommunale Parlamente wie der Kreistag können den zivilen Widerstand unterstützen, sei es durch Mittelzuwendungen oder politisch.

## **Schulpolitik**

### ***Bildung ist eine Investition in die Zukunft***

Unsere Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, trotz geringer finanzieller Mittel ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für alle bereitzustellen. Der demografische Wandel setzt im Bildungsbereich Ressourcen frei, die wir nutzen wollen, um in der Kinderbetreuung Lücken zu schließen und in unsere Schulen zu investieren. Lebenslanges Lernen gewinnt an Bedeutung hinzu. Wir brauchen neue Weiterbildungsangebote, um diesem Bedürfnis entgegen zu kommen.

Die Entwicklung vor Ort, die Förderung von Lebensqualität, Beschäftigung und Wirtschaftskraft steht in einem engen Zusammenhang mit dem Angebot an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausfüllung des Bildungsauftrages durch Kinderbetreuungseinrichtungen und gute schulische Angebote werden für die Kommunen immer wichtiger – haben aber auch ihren Preis. Dennoch: Ausgaben für die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, sie sind auch der Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsprävention.

### ***Schule – neu denken, anders lernen!***

Als Schulträger haben die Landkreise und Gemeinden in der Bildungspolitik zwar bereits jetzt gewisse Spielräume, aber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass noch mehr Kompetenzen auf die Schulträger und auch auf die Schulen selbst verlagert werden. Vor Ort kann oftmals am besten entschieden werden, welche Anschaffungen nötig sind, wie der Elternwille am besten umgesetzt werden kann und welche Lehrkräfte am geeignetsten sind. Schulstrukturen sind nicht alles, aber dennoch schaffen sie Rahmenbedingungen, die für unsere Kinder von entscheidender Bedeutung sind. Wir lehnen die Ungleichbehandlung verschiedener Schulformen, wie die derzeitige Landesregierung aus CDU und FDP sie aus ideologischen Gründen betreibt, ab. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen.

Aufteilen nach Klasse 4 oder das Aussortieren von Kindern mit Beeinträchtigungen halten wir für einen Fehler. Wir setzen alles daran, in Niedersachsen ein gerechtes Schulsystem zu etablieren, in dem alle

Kinder die besten Chancen bekommen. Mit den Anträgen zur Einrichtung von Oberschulen hat die Kreisverwaltung Erwartungen geweckt, die sich schnell als nicht erfüllbar erwiesen haben. Die Oberschule war am Ende ein Etikettenschwindel. Deshalb fordern wir GRÜNE, dass bereits eingerichtete Oberschulen so rasch wie möglich zu Schulen gemeinsamen längeren Lernens weiterentwickelt werden, an den jeder Schulabschluss möglich sein wird.

Wir wollen den sofortigen Einstieg in eine neue Lernkultur, in der Kinder nicht mehr sitzen bleiben oder abgeschult werden, in der neue Wege im Unterricht gegangen werden und die die Unterschiedlichkeit der Kinder als Chance begreift. Voraussetzung dafür sind besonders kleinere Klassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen seit jeher den Ausbau von Ganztagschulen. Auch hier müssen unsere Kommunen mehr Druck auf das Land Niedersachsen ausüben, denn derzeit bleiben die Schulträger allein auf den Mehrkosten sitzen. Ganztagschulen brauchen ein pädagogisches Konzept und mehr Personal. Gesundes Mittagessen und sozialpädagogische Betreuung gehören unserer Meinung nach ebenso zur Ganztagschule wie die Kooperationen mit regionalen PartnerInnen aus Kultur, Sport, Wirtschaft und anderen Verbänden und Vereinen.

## **Soziales**

### ***Arbeit der Beratungsstellen nachhaltig unterstützen / Sozialticket für den ÖPNV***

Es ist ein Erfolg GRÜNER Kreistagspolitik, Kürzungen im Bereich Soziales verhindert zu haben.

Eine Vielzahl von Beratungsstellen unterstützt Menschen aus allen Gesellschaftsschichten bei Problemen, die sie allein nicht bewältigen können. Hier ist es Aufgabe der Politik, ein ausreichendes Angebot zu gewährleisten. Die Arbeit in den Bereichen SchuldnerInnenberatung, Drogenarbeit, Krebskranke, Frauenhaus, Krisentelefon, Gewaltprävention, um nur einige wenige zu nennen, und die Betreuung von Flüchtlingen ist wichtig und muss weiter unterstützt werden. Darüber hinaus haben wir es geschafft, die jahrelange Deckelung der Zuschüsse und damit deren tatsächliche Absenkung zu stoppen. Die Personalkostensteigerungen werden auch weiterhin anerkannt und finanziert. Seit einigen Jahren werden vom Landkreis Leistungsverträge abgeschlossen, um die große Planungsunsicherheit bei vielen Trägern und Initiativen zu beenden. Dieses Instrument hat sich bewährt und soll fortgeführt werden.

Die Einrichtung eines Sozialfonds auf Landkreisebene wurde durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrfach versucht, anzuschieben und ist nun durch die Initiative der Wohlfahrtsverbände endlich konkret geworden. Notwendige Unterstützung in Einzelfällen, die durch die Restriktionen in der Sozialgesetzgebung nicht (mehr) möglich sind, können dadurch geleistet werden.

Weiterhin halten wir GRÜNE ein Sozialticket für einen vergünstigten Öffentlichen Nahverkehr für EmpfängerInnen von Sozialleistungen für erforderlich, da die Preise aus den Regelsätzen im ländlichen Raum nicht zu finanzieren sind.

Es ist uns trotz intensiver Bemühungen leider nicht gelungen, eine auskömmliche Finanzierung der unabhängigen Sozialberatungsstelle des Trägervereins Arbeitslosentreffs zu erreichen. Wir werden dieses Ziel jedoch weiterverfolgen.

## Sport

### *Kindersozialpass für Sportvereine*

Die Vielfalt des Sports im Landkreis reicht vom Breiten- und Gesundheitssport über den Behinderten- bis zum Spitzensport. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind – neben der Bedeutung des Sports für die Gesundheitsprävention – wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen. Das ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die Tragfähigkeit des sozialen Netzes, daher wollen wir das ehrenamtliche Engagement im Sport anerkennen und weiter fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kindergärten und Schulen - insbesondere im Primarbereich - motivieren, den Sport zu einem wesentlichen Bereich des Kindergarten- und Schulalltages zu machen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen z.B. zur Durchführung gemeinsamer Schulwettbewerbe oder Nachmittagsangeboten wird begrüßt. Wir GRÜNE regen einen Kreisschulsporntag an.

Für die Teilhabe derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, müssen auch in Bezug auf Sportvereine kreative Wege gegangen werden. Wir haben deshalb für die Einführung eines Kindersozialpasses. Das eingeführte Bildungspaket der Bundesregierung reicht nicht aus – auch wenn der Vereinsbeitrag für den Fußballverein getragen wird, fehlt den Eltern das Geld für die notwendige und häufig wechselnde Ausrüstung, Beiträge für die Vereinskasse usw. Das bedeutet, dass der Landkreis weiter in der Pflicht ist, hier flankierende Maßnahmen zu ergreifen – dafür stehen wir ein.

## VerbraucherInnen

### *Hildesheim braucht ein besseres Beratungsangebot*

Die aktuellen Skandale um Dioxin Eier und Analogkäse, die aggressiven Vermarktungsstrategien von Unternehmen in Telekommunikationsbereich und auch die Debatte um die Energiepreise machen deutlich, dass ein professionelles Beratungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger dringend notwendig ist.

Stattdessen wurde nach Jahren einer vom Hausfrauenbund ehrenamtlich betriebenen und von der Stadt mit etwa 9.500 € pro Jahr geförderten Beratungsstelle seit 2006 eine Infothek mit Broschüren in der Stadtbibliothek eingerichtet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einrichtung einer Hildesheimer Zweigstelle der Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) mit mindestens zwei Beratungstagen pro Woche ein. Die VZN ist ein erfahrener Beratungsträger, der auf Basis eines dem Anforderungsprofil einer Großstadt genügenden Potenzials hier gut die Beratung durchführen könnte. Zur Sicherstellung der Finanzierung ist die Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Landkreis zu suchen.

## Verkehr

### *Kreisweiter Tarifverbund auch für die Bahn*

Der klassische motorisierte Individualverkehr ist mehr Teil des Problems als Teil der Lösung der heutigen Verkehrsprobleme. Durch die Änderung der Altersstruktur aber auch durch Verschiebungen in der Einkommensstruktur ist es notwendig, andere Verkehrsträger zu stärken.

Der Landkreis Hildesheim verfügt über einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann. Durch die Verzahnung mit der Schülerbeförderung wird eine deutlich bessere Versorgung dargestellt als tatsächlich vorhanden ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Einführung eines kreisweiten Tarifverbundes und fordern die Einbeziehung des schienengebundenen Verkehrs in diesen Verbund.

Das Fahrrad stellt für kürzere Strecken eine preiswerte und schnelle Alternative dar. Wir wollen die deutliche Bevorzugung des Fahrrades vor den motorgetriebenen Fahrzeugen, etwa bei der Ausweisung von Radwegflächen, Ampeln, und Straßennutzung. Wir begrüßen den begonnenen Radwegeausbau in der Fläche und fordern mehr Geld für Instandhaltung und Reinigung der Radwege. Sichere Fahrrad-Stellplätze am Ziel oder an Umsteigestellen in den ÖPNV erhöhen die Akzeptanz dieses Verkehrsmittels.

### *Ausbau des Stichkanals nur wenn Rahmenbedingungen stimmen*

Gütertransport per Schiff ist für schwere und voluminöse Produkte eine gute Alternative. Der Ausbau von Stichkanal und Hafen wird von uns als sinnvoll erachtet, wenn die Rahmenbedingungen Landschaftsschutz und Kostensicherheit eingehalten werden. Die Trennung von Verkehrswegen etwa durch den ersatzlosen Abriss von Brücken halten wir nur in engen Grenzen für tolerierbar. Dass Kanal- und Hafenausbau unabhängig voneinander geplant und umgesetzt werden, ist ein Schildbürgerstreich, da im Extremfall ein ausgebauter Kanal auf einen unnutzbaren Hafen trifft.

## Wirtschaftsförderung

### *Ökologie und Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsförderung*

Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon seit langem vertretene Ansicht, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht ausschließen, ist mittlerweile in der Mitte der Wirtschaft und Kommunalen Spitzenverbänden angekommen. Jetzt gilt es, diesen Gedanken auch im Bereich der Wirtschaftsförderung umzusetzen.

Die Grüne Antwort auf die Krise, der Green New Deal, ist das Modell der Zukunft, auch für den Landkreis Hildesheim. Wir wollen diesen Prozess aktiv mitgestalten. Hierzu gehört, bei der Wirtschaftsförderung den Bereich des Klimaschutzes und der Umwelttechnologien auszubauen. Wir wollen Initiativen und Firmen unterstützen, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen. Dazu gehört zum Beispiel die Unterstützung beim Umbau der Produktion in der Landwirtschaft und bei Steigerung der Energie-Effizienz. Auch der Verzicht auf den Einsatz von Vorprodukten die in Entwicklungsländern unter unwürdigen oder menschenverachtenden Bedingungen produziert werden soll gefördert werden.



Der schonende Umgang mit Ressourcen muss noch mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Flächenversiegelungen durch Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete wirken wir entgegen, indem wir auf Kooperationen zwischen den Gemeinden setzen und interkommunale Gewerbegebiete anstreben.

Mit der HI-REG stellt Hildesheim ein gelungenes Beispiel für Zusammenarbeit zwischen Kommunen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung. In der Wirtschaftsförderung müssen jetzt Akzente gesetzt werden, damit der Standort Hildesheim für die Herausforderungen der Zukunft gestärkt wird:

#### ***Die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken***

Wir erkennen die Leistungen der Handwerker und Selbstständigen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen an, die vor Ort Arbeitsplätze schaffen. Kommunale Verwaltungen sollten alle Entscheidungsspielräume ausnutzen, um gerade diesem Wirtschaftsbereich bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

#### ***Auf Zukunftsbranchen setzen***

Die Umstellung unserer Wirtschaftsweise und der Produktion auf Nachhaltigkeit schafft Innovation und neue Jobs. Kein anderer Wirtschaftssektor hat in den vergangenen Jahren so viel positive Effekte für den Arbeitsmarkt gehabt wie der Klimaschutz. Wir wollen die in diesem Sektor handelnden AkteurInnen zusammenbringen und Netzwerke ausbauen.

#### ***Netzwerkbildung vorantreiben***

Bündnis 90/Die Grünen streben eine Profilbildung der Wirtschaft des Landkreises an. Clustermanagement, Runde Tische, Gesprächskreise, Selbstverpflichtungen – es gibt vielfältige Formen von Netzwerkbildung, die geeignet sind, um im Landkreis Hildesheim

- ein Cluster "ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften" zu bilden,
- den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren,
- gemeinsam mit den Bildungsträgern für den künftigen Fachkräftebedarf gerüstet zu sein,
- die berufliche Gleichstellung von Frauen zu verwirklichen sowie
- Existenzgründungen von Frauen zu fördern.

#### **Besuchen Sie uns!**

Das Kreisbüro von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden Sie in Hildesheim, Am Ratsbauhof 1c. Sie können sich jedoch auch gern per E-Mail an uns wenden: [buero-hi@gruene-hildesheim.de](mailto:buero-hi@gruene-hildesheim.de) oder telefonisch an 05121/36752

#### **Hier erfahren Sie mehr:**

Näheres zur Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden Sie im Internet, z.B. unter

[www.gruene-hildesheim.de](http://www.gruene-hildesheim.de)    [www.gruene.de](http://www.gruene.de)    oder    [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)